

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2014/30

IN DIESER AUSGABE:

**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Warum die Türkei immer wichtig sein wird - für Deutschland und die EU

Von Hüseyin Avni Karslıoğlu, Türkischer Botschafter

Die zahlreichen geostrategischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen führen uns eindringlich vor Augen, dass alle Länder, die sich den universellen Werten der Demokratie und Menschenrechte verschrieben haben, im selben Boot sitzen. Aus diesem Grund sind eine enge Kooperation zwischen der Türkei und Deutschland und eine Integration der Türkei in die EU unabdingbar.

Mit ihrer dynamischen Wirtschaft, ihrer jungen und qualifizierten Bevölkerung, ihrer strategischen Lage an der Kreuzung dreier Kontinente, ihren tiefen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Nachbarregionen und ihrer Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Kulturen ist die Türkei ein wichtiger Partner. Zunächst muss das wirtschaftliche Potenzial der Türkei hervorgehoben werden. In den letzten Jahren gehörte die Türkei zu den am stärksten wachsenden Ländern weltweit. Das türkische Handelsvolumen hat sich in den letzten 10 Jahren vervielfacht. Die Dynamik und Robustheit der türkischen Wirtschaft bietet viele Möglichkeiten für ausländische Unternehmer. Deutsche und europäische Firmen können durch ein Engagement in Schlüsselsektoren vom großen und wachsenden türkischen Binnenmarkt profitieren. Aufgrund ihrer zentralen geographischen Lage und durch den Ausbau der Infrastruktur hat die Türkei ihre Position als zentrales Drehkreuz für Reisende, Umschlagplatz für Waren und Korridor für Energie weiter ausgebaut. Schließlich ergeben sich viele Kooperationsmöglichkeiten zwischen türkischen und deutschen Firmen auf Wachstumsmärkten in Afrika und Asien.

Die über 5 Millionen türkeistämmigen Menschen in Westeuropa bilden eine wichtige Brücke zwischen der Türkei und den EU-Ländern. Die Türkei verfolgt bereits seit Jahren aktiv eine Politik, in der sie die türkeistämmigen Bürger Europa zu einer Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben ermuntert. Nur durch Partizipation und Interaktion können Vorurteile abgebaut werden. Dabei ist auch die Entwicklung einer Willkommenskultur in den europäischen Ländern von großer Bedeutung. Institutionalisierte Dialog- und Begegnungskanäle könnten Türken und die übrigen Europäer noch näher bringen und das interkulturelle Verständnis erweitern. Die Türkei und Deutschland können hier ein wichtiges Zeichen setzen, in dem sie gemeinsam ein Jugendwerk aufbauen. Die Türkei kann die humanitären und entwicklungspolitischen Bemühungen Deutschlands und der EU geographisch ausweiten und inhaltlich vertiefen. In den letzten Jahren hat die Türkei ihre Aktivitäten auf diesem Feld massiv erweitert und ist zu einem wichtigen Geberland avanciert. So gehört sie beispielsweise zu jenen Ländern, die sich am stärksten in Somalia engagieren. Eine vertiefte türkisch-europäische Zusammenarbeit auf entwicklungspolitischer Ebene kann auch dazu beitragen, die Ursachen und Missstände in Afrika und Asien, die die Menschen in eine Flucht in die Türkei und nach Europa treiben, wirkungsvoller anzugehen. Darüber hinaus hat die Türkei ihrerseits mit effektiven Maßnahmen illegale Einwanderung in EU-Länder einzudämmen, ihre Entschlossenheit auf diesem Gebiet gezeigt. Im Rahmen des im Dezember 2013 unterzeichneten Rückführungsabkommens wird die Türkei weitere Schritte unternehmen. In diesem Kontext ist es allerdings wichtig zu unterstreichen, dass für die Türkei die Implementierung des Rückführungsabkommens von einer europäischen Visaliberalisierung für türkische Staatsbürger abhängig ist.

Die aktuellen Krisen in Osteuropa und im Nahen Osten verdeutlichen einmal mehr die zentrale Stellung der Türkei. Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges vor dreiundeinhalb Jahren hat die Türkei über 1,3 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Seit der Eskalation der Situation in Nordsyrien kamen allein in den letzten Wochen über hunderttausend weitere Menschen hinzu.

Damit schultert die Türkei eine vielfach größere Verantwortung als alle EU-Länder zusammen. Aus diesem Grund ist dringend nötig, dass angesichts der humanitären Katastrophe auch die EU-Staaten ihre Unterstützung weiter ausbauen. Die Türkei arbeitet entschlossen daran, die Ausreise ausländischer radikaler Kämpfer nach Syrien und Irak zu verhindern.

In diesem Zusammenhang wurde bisher über 6.000 Ausländern ein Einreiseverbot verhängt und über 1.000 Menschen wurden außer Landes verwiesen. Hierbei ist es wichtig, dass auch die EU-Länder ihrerseits Schritte unternehmen, um eine Radikalisierung der Menschen in ihren Heimatländern vorzubeugen, eine Ausreise in die Türkei zu verhindern und mit der Türkei eng zusammenarbeiten. Die Türkei ist auch auf globaler Ebene immer mehr präsent. In den letzten Jahren hat die Türkei ihre wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen auch mit Staaten in ferner geographischer Distanz ausgeweitet. Die intensiveren Handelsbeziehungen, der sich ständig erweiternde Streckennetz der Turkish Airlines und neue türkische Botschaften insbesondere in Lateinamerika, Afrika und Fernost zeugen hiervon.

Somit ist die demokratische, wirtschaftlich aufstrebende, strategisch wichtige, politisch gutvernetzte und kulturell vielfältige Türkei bereit, als ein EU-Beitrittskandidat ihren Beitrag für die Überwindung gesamteuropäischer Herausforderungen zu leisten. Deutschland und die EU dürfen trotz der Tagespolitik nicht verkennen, dass wir alle im selben Boot sitzen. [Internet-Link](#)

Türkei gibt Militärbasen für Luftangriffe frei

Ihre zögerliche Haltung im Kampf gegen die Terrormiliz IS hat der türkischen Regierung zuletzt viel diplomatischen Ärger eingebracht. Nun macht Ankara Zugeständnisse: Die internationale Allianz darf künftig die Militärbasen im Land nutzen.

Vor dem Hintergrund der schweren Gefechte um die syrische Kurdenstadt Kobane ist die Türkei einen Schritt auf die Militärkoalition gegen den Islamischen Staat (IS) zugegangen. Nach Angaben aus dem Pentagon hat die Türkei der amerikanischen Luftwaffe erlaubt, die türkischen Stützpunkte für Angriffe auf Stellungen der Dschihadistengruppe zu nutzen. Zudem dürfen in den Militäreinrichtungen Vertreter der gemäßigten syrischen Opposition untergebracht und ausgebildet werden.

Ein ranghoher Vertreter der amerikanischen Streitkräfte sagte zu der Vereinbarung, die Details der Nutzung der türkischen Militärflughäfen würden derzeit noch geklärt. Die Streitkräfte erhielten aber das Nutzungsrecht der Luftwaffenbasis Incirlik im Süden des Landes. Die Basis wird schon seit langem von Amerika genutzt, die Luftangriffe gegen IS-Stellungen starteten bislang allerdings von Stützpunkten in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und Katar. In Jordanien sind ebenfalls seit dem vergangenen Jahr amerikanische Kampffjets stationiert.

Pentagon lobt Türkei

Amerikas Verteidigungsminister Chuck Hagel dankte in einem Telefonat seinem türkischen Kollegen Ismet Yilmaz für die Bereitschaft, der Militärkoalition zu helfen. Das schließt auch die „Unterbringung und Ausbildung“ syrischer Oppositioneller mit ein, sagte Hagels Sprecher John Kirby.

Bislang war dafür in den amerikanischen Plänen allein Saudi-Arabien vorgesehen. Washington will keine Truppen in Kampfgebiete entsenden, die Regierung in Ankara lehnt eine Bodenoffensive im Alleingang ab. Um den IS zu zerstören, sollten daher bisher jährlich 5000 gemäßigte syrische Rebellen in Saudi-Arabien ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet werden.

Entscheidende Bedeutung

Hagel würdigte zudem den Umgang der Türkei mit dem Flüchtlingsansturm sowie der unsicheren Grenze mit Syrien. Beide Minister seien sich einig gewesen, der Bedrohung durch den IS weiter mit einem „strategischen Ansatz“ zu begegnen. Das Anti-IS-Bündnis wollte die Türkei seit längerem enger einbinden. Die Regierung in Ankara sträubte sich jedoch dagegen und pochte unter anderem auf ein gemeinsames Vorgehen, das sich auch gegen das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad richtet. Da die Türkei unmittelbar an von den Extremisten kontrollierte Gebiete grenzt, wird dem Land eine entscheidende Bedeutung beigemessen.

Unterdessen ist die Stadt Kobane zum Symbol des Kampfes der Kurden gegen die Dschihadisten geworden. Die syrische Stadt an der Grenze zur Türkei wird seit nunmehr fast einem Monat von den Extremisten belagert. Wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, drängten die Kurden die IS-Kämpfer am Sonntag stellenweise wieder zurück. Die Dschihadisten hätten schwere Verluste erlitten und Verstärkungen in die Stadt geschickt, von denen viele aber kaum Kampferfahrung hätten, erklärte die Beobachtungsstelle.

Türkei greift nicht selbst in Syrien ein

Die Türkei hat zwar Truppen an der Grenze zusammengezogen und auch vom Parlament die Erlaubnis erhalten, militärisch einzugreifen. Dies tat sie bislang jedoch nicht, was bei den Kurden sowie international auf scharfe Kritik stößt. Am Sonntag stellte der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy die Mitgliedschaft der Türkei in der Nato in Frage, sollte Kobane fallen. „Die Position der Türkei würde problematisch, wenn sie Kobane fallen ließe“, sagte er.

Der IS kontrolliert mittlerweile etwa 40 Prozent der Stadt. Die Extremisten sind den kurdischen Kämpfern zahlenmäßig und militärisch überlegen. Der Kampf um Kobane ist für sie strategisch wichtig, weil sie mit der Einnahme der Stadt bis zur Grenze zur Türkei vorrücken würden. Amerikas Außenminister John Kerry sagte am Sonntag in Kairo, die IS-Offensive auf Kobane sei eine „Tragödie“. Jedoch handele sich hierbei „nur um eine Gemeinde“, die nicht „die Strategie der Koalition“ bestimme.

Treffen der Anti-IS-Allianz

Die internationale Allianz trifft sich am Montag erstmals seit Beginn der amerikanischen Luftangriffe auf IS-Stellungen vor zwei Monaten zu strategischen Beratungen. Zu der Konferenz hat Amerikas Generalstabschef Martin Dempsey mehr als 20 Militärschefs eingeladen, unter anderem aus Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden. Auch fünf arabische Verbündete sitzen am Militärstützpunkt Andrews bei Washington mit am Tisch: Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Den Vereinigten Staaten war zuletzt vorgeworfen worden, keine langfristige Strategie für den Kampf gegen die Dschihadisten im Irak und in Syrien zu haben.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) will an diesem Montag in Saudi-Arabien über das weitere Vorgehen beraten. Auf dem Programm steht unter anderem ein Treffen mit dem saudischen Außenminister Saud al-Faisal in der Hafenstadt Dschidda am Roten Meer. [Internet-Link](#)

Gravierende Defizite – EU rechnet mit Türkei ab

Seit Jahren treten die Türkei-Beitrittsgespräche auf der Stelle. Nun erklärt die EU: Man macht sich über die Unabhängigkeit der türkischen Justiz und den Schutz von Grundrechten ernsthaft Sorgen.

Seit neun Jahren verhandeln Brüssel und Ankara über einen EU-Beitritt der Türkei. Die Verhandlungen treten seit Jahren auf der Stelle, erst eines von insgesamt 34 Verhandlungskapiteln wurde abgeschlossen. Im neuen "Fortschrittsbericht" rechnet die EU nun mit der Türkei ab und wirft dem Land gravierende Defizite bei der Beachtung von demokratischen Grundrechten, rechtsstaatlichen Prinzipien und der Bekämpfung von Korruption vor. In dem Bericht der EU-Kommission heißt es: "Die Gesetzgebung, die im Justizbereich verabschiedet wurde, hat zu großer Sorge mit Blick auf die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit geführt." Als ein Beispiel führt die Kommission die Entlassung von kritischen Staatsanwälten und Polizisten an, die sich für eine Aufdeckung von Korruptionsdelikten eingesetzt hatten.

Diskriminierend, partiell, intransparent

Außerdem kritisiert Brüssel erhebliche Mängel bei der Bekämpfung von Korruption in der Türkei. Die Untersuchungen wären oft diskriminierend, partiell und intransparent. Außerdem wäre es nahezu unmöglich, bei Verdacht auf Korruption gegen Parlamentarier zu ermitteln. Neue Gesetze und das Verhalten der türkischen Polizei würden zudem die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit verletzen. "Der regelmäßige Gebrauch von exzessiver Gewalt während Demonstrationen und die Festnahmen sind ein Grund zur Sorge", schreibt die EU-Kommission in ihrem Bericht. Neue Gesetze würden zudem die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit einschränken. "Es gibt eine Notwendigkeit für eine umfassende Reform der Gesetze im Bereich der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit", ermahnt die EU die Regierung in Ankara. In diesem Zusammenhang fordert Brüssel auch, die "übermäßige Überwachung" von gesellschaftlichen Gruppen, die sich politisch engagieren, einzustellen und die Zivilgesellschaft insgesamt stärker an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Auf der anderen Seite attestiert die EU dem Land am Bosphorus aber auch Fortschritte, vor allem bei der Integration der kurdischen Minderheit und bei der Verfassungsreform. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle sagte der "Welt": "Die Türkei braucht mehr europäisches

Engagement und nicht weniger, um dem Land zu helfen, ein moderner europäischer Staat zu werden. Die EU-Kommission beabsichtigt nicht, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzustellen." Dafür fehlten die rechtlichen Voraussetzungen. "Außerdem sind Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit ein Kernbereich der Erweiterungspolitik, und sie müssen im Beitrittsprozess entschlossen angegangen werden", so Füle. In Brüssel hieß es, die EU-Kommission wolle empfehlen, zügig mit den Türkei-Beitrittsgesprächen fortzufahren und neue Verhandlungskapitel zu eröffnen. Die Kommissionsbehörde hat dabei die Kapitel 23 und 24 im Blick, also die Themen Justiz, Grundrechte, Freiheit und Sicherheit.
[Internet-Link](#)

Türkei schafft es nicht in den UN-Sicherheitsrat

Die Türkei hat es nicht in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschafft. Dafür wurden Angola, Malaysia, Venezuela, Neuseeland und Spanien als neue nicht-ständige Mitglieder gewählt.

Die UN-Vollversammlung hat Angola, Malaysia, Venezuela, Neuseeland und Spanien als neue nicht-ständige Mitglieder in den Sicherheitsrat gewählt. Für die Türkei, die sich ebenfalls um einen Sitz in dem mächtigsten UN-Gremium beworben hatte, endete die Abstimmung am Donnerstag mit einer Enttäuschung. Weil sich die Zusammensetzung des Sicherheitsrats nach einem Regionalschlüssel richtet, war die Wahl von Angola, Venezuela und Malaysia als einzigen Bewerber aus ihren Weltregionen erwartet worden. Alle drei Länder erreichten bereits im ersten Wahlgang die nötige Zweidrittel-Mehrheit unter den 193 UN-Staaten: Angola erhielt dabei 190 Stimmen, Malaysia 187 Stimmen und Venezuela 181 Stimmen.

60 Stimmen für die Türkei

Mit 145 Stimmen konnte sich Neuseeland ebenfalls im ersten Wahlgang einen der beiden Sitze der westlichen Staatengruppe sichern. In einer zweiten Runde setzte sich Spanien mit 132 Stimmen gegen die Türkei durch, die am Ende nur auf 60 Stimmen kam. Dem Sicherheitsrat gehören zehn nicht-ständige Mitglieder an, jedes Jahr werden fünf von ihnen für die Dauer von zwei Jahren neu bestimmt. Anders als die fünf ständigen Mitglieder Vereinigte Staaten, Russland, China, Frankreich und Großbritannien verfügen sie über kein Vetorecht. Die fünf neu gewählten nicht-ständigen Mitglieder ersetzen zum Jahreswechsel Ruanda, Argentinien, Südkorea, Australien und Luxemburg. Noch bis Ende 2015 sind Litauen, Tschad, Nigeria, Chile und Jordanien im Sicherheitsrat vertreten.
[Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Türkei exportiert massiv Lebensmittel nach Russland

Die Türkei füllt Russlands Versorgungs-Lücke bei den Lebensmitteln. In den ersten neun Monaten des aktuellen Jahres haben türkische Produzenten 53 Prozent ihres Gemüses nach Russland exportiert. Die Türkei setzt sich damit über die Vorgaben der EU hinweg. Zuvor hatte Brüssel alle Schwellenländer vor Obst- und Gemüse-Exporten nach Russland gewarnt. Doch die Türkei fühlt sich wegen der Syrien-Krise stark genug, um sich über die Vorschriften von Brüssel hinwegzusetzen.

Nach Angaben des Verbands der Türkischen Frisches Obst-und Gemüse-Exporteure sind zwischen Januar und September 53 Prozent aller Gemüse-Exporte nach Russland gegangen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg der Export von frischem Gemüse nach Russland um 30 Prozent und erreichte 413.602 Tonnen. Die Einnahmen stiegen um 9 Prozent auf 292 Millionen US-Dollar.

Russland ist somit der wichtigste türkische Absatzmarkt für Gemüse. Darauf folgen Bulgarien, Deutschland, die Ukraine und Rumänien. So wurde zwischen Januar und September türkisches Gemüse im Wert von etwa 34 Millionen US-Dollar nach Deutschland exportiert, meldet Fresh Plaza. Der Gesamt-Export von Gemüse betrug insgesamt 916.292 Tonnen. Die Einnahmen aus dem Export haben sich um fünf Prozent auf 554 Millionen US-Dollar erhöht. Tomaten machten bezüglich der Menge 54 Prozent aller Gemüse-Exporte aus. Zudem wurden 65 Prozent der Gemüseexport-Einnahmen durch den Verkauf von Tomaten erzielt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan

hatte im August angekündigt, den Obst- und Gemüse-Export nach Russland ankurbeln lassen zu wollen. „Die Nachfrage aus Russland nach türkischen Produkten hat angezogen, seit die Beschränkungen im Handel mit den USA und der EU gelten“, sagte der Chef des türkischen Außenhandelsverbands, Mehmet Büyükekci.

Russland hatte zuvor als Reaktion auf Wirtschaftssanktionen der EU und der USA wegen der Ukraine-Krise ein Importverbot für Obst, Gemüse, Fleisch und Milchprodukte aus dem Westen verhängt. Brüssel sprach anschließend eine Warnung in Richtung der Türkei und aller anderen Schwellenländer aus. Jegliche Obst- und Gemüse-Exporte der Schwellenländer an Russland seien politisch schwer zu rechtfertigen. Diese Staaten dürften nicht als Lückenfüller einspringen. [Internet-Link](#)

Kaum Stornierungen für Türkei-Reisen

Trotz der Kämpfe an der türkisch-syrischen Grenze bleibt die Türkei ein beliebtes Urlaubsziel in den Herbstferien.

Die deutschen Urlauber lassen sich von der bedrohlichen Lage an der türkisch-syrischen Grenze offenbar nicht beunruhigen: Kurz vor den Herbstferien haben die Reiseanbieter kaum Umbuchungs- oder Stornierungsanfragen für Türkeireisen bekommen. „In den Urlaubsgebieten ist es nach wie vor ruhig, und es gibt keine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes“, sagte die Sprecherin des größten deutschen Reiseunternehmens Tui, Kathrin Spichala. Hinzu kommt: „Die nächstgelegene Urlaubsregion um Alanya ist 500 Kilometer von der Grenze entfernt.“ Sollten Kunden dennoch Bedenken haben und lieber in ein anderes Land reisen wollen, müssten sie für die Umbuchung zahlen. Aktuell liegen die Buchungszahlen bei der Tui für die wichtigsten Urlaubsgegenden an der türkischen Ägäis, der Riviera und Istanbul aber sogar über denen des Vorjahres. Die Türkei belegt im Buchungsranking des Marktführers den zweiten Platz hinter dem Urlaubsklassiker Mallorca.

Bei Tui gehört die Türkei zu den meistgebuchten Reisezielen

Auch beim Tui-Konkurrenten Thomas Cook, zu dem unter anderem der Türkei-Spezialist Öger Tours gehört, sind türkische Ziele unter den meistgebuchten Destinationen. Bisher hätten sich die Kämpfe nicht auf die Buchungszahlen ausgewirkt, sagt Sprecherin Isabella Partasides. Besorgte Nachfragen von Kunden gebe es nicht. „Wir haben aber die Situation im Blick und stehen im Kontakt mit den Mitarbeitern vor Ort.“ Städtereisen oder Tagesausflüge nach Istanbul, wo es in der vergangenen Woche wegen Protesten gegen den „Islamischen Staat“ (IS) blutige Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Polizisten gab, würden ohnehin selten gebucht. „Die meisten Urlauber verbringen ihre Zeit am Strand“, sagt Partasides.

Reisende lassen sich nicht vom IS-Terror beeindrucken

Auch bei den anderen Reiseanbietern scheint sich die Bedrohung durch den IS bisher kaum bemerkbar zu machen. Den Reiseverband wundert das nicht. „Auch die Proteste auf dem Taksim-Platz im vergangenen Jahr haben sich weder auf die Rivierareisen noch auf die Städtetrips ausgewirkt. Die Kunden bleiben erfahrungsgemäß ruhig“, sagte die Sprecherin des Deutschen Reiseverbands, Sibylle Zeuch. So sei es auch gewesen, als vor drei Jahren in Athen griechische Demonstranten wegen der EU-Sparauflagen Stimmung gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Deutschland machten. „Vor allem auf den Inseln hatten die deutschen Urlauber offenbar keine Angst, unerwünscht zu sein.“ Nach einer kurzen Flaute hätten sich die Buchungszahlen schnell wieder normalisiert.

Ägypten ist bei Touristen wieder beliebt

Das gilt auch für Ägypten. Nach der Januarrevolution im Jahr 2011 hat sich die Lage im Tourismus wieder stabilisiert. Daran haben offensichtlich auch der Putsch im vergangenen Jahr und die immer noch bestehenden regionalen Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes nichts geändert. „Im ersten Halbjahr sind schon rund 500.000 deutsche Touristen nach Ägypten gereist, zum Jahresende könnte also sogar die Millionengrenze geknackt werden“, sagte Zeuch vom Deutschen Reiseverband. Gerade im Winter, wenn es an der europäischen Mittelmeerküste nicht mehr warm genug sei, stelle das Land ein wichtiges Reiseziel dar. Die Reiseanbieter verzeichnen sogar erhebliche Zuwächse bei den Ägypten-Buchungen. Beim Online-Portal weg.de liegt Ägypten derzeit auf dem dritten Platz der Top-Reiseziele. Im Vergleich zum Vorjahr seien die Buchungszahlen um 54 Prozent gestiegen.

Gefragte Region: Hurghada am Roten Meer

Auch bei Thomas Cook ist Ägypten unter den zehn beliebtesten Reisezielen der Nah- und Mittelstrecken. Während die Zahlen noch bis zum Juli rückläufig waren, nehmen die Buchungen seitdem besonders im Last-Minute-Bereich zu. Für die Wintersaison sei die Nachfrage gut, hieß es. Auch bei Tui-Kunden hat Ägypten ordentlich zugelegt. Vor allem die Region um Hurghada sei gefragt. Rund 90 Prozent der gebuchten Reisen gingen in die Region an der Westküste des Roten Meeres, heißt es bei Tui. [Internet-Link](#)

Irakische Kurden wollen Erdöl direkt in die Türkei liefern

Die Kurden des Nordirak wollen ihre Erdöl-Exporte in die Türkei aufstocken. Die Einnahmen hinterlegen sie auf einem Treuhand-Konto der türkischen Halkbank. Doch JP Morgan möchte, dass die Kurden Treuhand-Konten in New York eröffnen, damit die Einnahmen aus dem Öl-Export dorthin fließen.

Die Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Irak will die Kirkuk-Ceyhan-Pipeline ausbauen. Diese verläuft vom Nordirak in die Türkei. Bis zum Ende des Jahres soll die Kapazität von 280.000 Barrel pro Tag auf täglich 400.000 Barrel pro Tag erhöht werden. „Es finden derzeit Erweiterungs-Arbeiten statt. Wenn diese abgeschlossen sind, wird die Pipeline eine finale Gesamtkapazität von 700.000 Barrel pro Tag erreicht haben.“, zitiert Reuters einen namentlich nicht genannten „Industriellen“. Der Ausbau der Pipeline werde innerhalb von zwei bis drei Wochen abgeschlossen sein. Die KRG steht unter Druck. Denn der Absturz des Ölpreises zwingt die Kurden im Nordirak dazu, ihre Ölexporte anzukurbeln. Die Einnahmen werden dringend benötigt. Es ist nahezu die einzige Geldquelle der Kurden.

Bisher sind insgesamt 19,2 Millionen Barrel Erdöl über die Kirkuk-Ceyhan-Pipeline exportiert worden. Der Verkauf des Öls startete im Mai 2013. Erste Abnehmer sollten Deutschland und Italien sein, meldet die Austria Presse Agentur. Die Öl-Einnahmen der KRG fließen auf ein Treuhand-Konto der türkischen Halkbank. Bisher haben die Kurden 400 Millionen US-Dollar auf das türkische Treuhand-Konto eingezahlt. Zwischen Ankara und Arbil besteht diesbezüglich eine Vereinbarung, berichtet Enerji Günlüğü. Doch nach Angaben der staatsnahen türkischen Zeitung Sabah, soll die US-Bank JP Morgan diesen Deal mit Argwohn beäugen. Die US-Bank wolle selbst als Treuhänder auftreten. Washington wolle, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von nahöstlichen Energieträgern auf Treuhand-Konten in New York fließen. Das ist zumindest die Schlussfolgerung der Türken. Allerdings stellte sich auch die irakische Zentralregierung gegen den türkisch-kurdischen Deal. Bagdad stuft die kurdischen Ölexporte als illegal ein. Lediglich die irakische Regierung habe ein Anrecht auf die Gestaltung der Energiepolitik. Das hält die nordirakischen Kurden nicht davon ab, einen weiteren Schritt vorwärts zu gehen. Im September sind Tankschiffe mit kurdischem Öl in Höhe von drei Millionen Barrel Richtung Asien gefahren. Der Abnehmer der Lieferung soll China gewesen sein. [Internet-Link](#)

Türkisches Handelsdefizit schrumpft**Importe nahmen ab, Exporte legten zu**

Der Fehlbetrag in der türkischen Handelsbilanz ist deutlich gesunken. Im Juli 2014 fiel nur noch ein Minus von knapp 6,5 Milliarden US-Dollar an. Zum Vergleich: Im Vorjahresmonat hatte sich das Defizit noch auf fast zehn Milliarden Dollar belaufen. Grund für den Rückgang war vor allem der Rückgang der Importe, aber auch ein Plus bei den Ausfuhren. So legten die Exporte gegenüber dem Juli 2013 um 2,6 Prozent zu, die Lieferungen in die EU stiegen sogar um elf Prozent. Die Einfuhren gingen hingegen um 13,5 Prozent zurück. Saison- und kalenderbereinigt lagen die Exporte acht Prozent und die Importe 0,4 Prozent höher als im Juni 2014. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN

Seit 20 Jahren produziert Toyota in der Türkei

Vor zwei Jahrzehnten hat das Toyota Werk im türkischen Sakarya seinen Betrieb aufgenommen und seitdem mehr als 1,5 Millionen Fahrzeuge produziert. Zunächst war Toyota Motor Manufacturing Turkey (TMMT) als Fertigungsstätte nur für den türkischen Markt gedacht. Doch inzwischen ist TMMT einer der größten Exporteure der Türkei. 85 Prozent der in diesem Jahr gefertigten Fahrzeuge gehen ins Ausland, nach Europa, aber auch nach Nordafrika, in den Nahen Osten sowie nach Zentralasien. In der rund 150 Kilometer östlich der Millionen-Metropole Istanbul gelegenen Fertigungsstätte laufen der Toyota Verso und die inzwischen elfte Generation des Toyota Corolla vom Band. [Internet-Link](#)

Vestas Wind Systems erhält Auftrag aus der Türkei

Der Hersteller von Windkraftanlagen Vestas hat einen Auftrag aus der Türkei erhalten. Nach Edirne sollen nun Windturbinen für das Windkraft-Projekt Suloglu Wind Farm geliefert werden.

Der dänische Hersteller von Windkraft-Turbinen Vestas konnte einen weiteren Auftrag aus der Türkei verzeichnen. Nach Edirne sollen 3.3 MW Turbinen des Typs 20 V126 mit einer Gesamtkapazität von 66 MW geliefert werden. Der Auftrag enthält laut einer heutigen Pressemitteilung die Lieferung und Installation der Wind-Turbinen. Auch die Inbetriebnahme fällt in das Aufgabenfeld von Vestas. Zudem wurde ein AOM-Service für zehn Jahre vereinbart. Die Lieferungen sollen im zweiten Quartal in 2015 beginnen. Die Inbetriebnahme des Wind-Parks soll etwa im vierten Quartal in 2015 starten. Zuvor hatte die Vestas Wind Systems AS (WKN: 913769), Spezialist für die Errichtung von Windkraftanlagen, bereits drei Folgeaufträge aus Kanada erhalten. Das Unternehmen wird drei Windkraft-Projekte in Alberta betreuen. [Internet-Link](#)

TÜV Süd übernimmt Kraftwerkstechnik-Prüfdienst in der Türkei

Der TÜV Süd in München hat den türkischen Prüfdienstleister Teknoloji ve Kontrol Mühendislik Ticaret (Tekkon) in Ankara übernommen. Tekkon ist ein Spezialdienstleister für Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle, zerstörungsfreie Werkstoffprüfungen und Inspektionen für Kraftwerke und deren Zulieferer. Tekkon, im Jahr 1996 gegründet, bietet zudem auch baubegleitende Qualitätsüberwachung und -kontrolle an. Der Fokus liegt auf Leistungen für konventionelle Kraftwerke, für

Zulieferbetriebe der Kraftwerksbetreiber sowie für den Maschinen- und Anlagenbau. In Zukunft wird das Angebot auf weitere Felder wie Asset Integrity Management sowie Öl und Gas ausgebaut. Mit rund 70 Mitarbeitern und einem landesweiten Netzwerk von externen Experten ist der Dienstleister auch in einigen Nachbarländern aktiv. Tarhan Alacam, Sprecher der Geschäftsführung von Tekkon, sagt: „Durch die Einbindung in das internationale Netzwerk von TÜV SÜD können wir unseren Kunden ein breiteres Spektrum von Leistungen anbieten und neue Marktsegmente erschließen.“ Bisher bietet der deutsche Prüf- und Zertifizierungsdienstleister - neben den Fahrzeugbereich - über seine türkische Tochtergesellschaft Tuv Süd TGK vor allem Leistungen im Bereich der Prüfung und Zertifizierung von Druckgeräten, Tankanlagen, Maschinen und Komponenten sowie Prüfungs- und Beratungsleistungen für Kraftwerke und Fertigungsbetriebe an. [Internet-Link](#)

NRW und Türkei fördern den Austausch zur Sicherheit im Bergbau



Die Technische Fachhochschule (TFH) Georg Agricola Bochum kooperiert mit der Celal Bayar Üniversitesi (CBÜ), um den fachlichen Austausch zur Sicherheit im Bergbau zu fördern und die Ausbildung der Fachkräfte in der Türkei zu verbessern.

Das Grubenunglück im Mai 2014 im westtürkischen Soma hat tragisch vor Augen geführt, wie wichtig Technik und Know-how für die Sicherheit unter Tage sind. Gemeinsam möchten die Bochumer TFH und die CBÜ nun dazu beitragen, Fortschritte bei Bergbautechnik und Grubensicherheit zu erzielen. An ihrer Bergberufsschule in Soma bildet die CBÜ Fachkräfte für den über- und untertägigen Braunkohlebergbau aus. Die Kooperationsvereinbarung unterzeichneten die beiden Hochschulen im Beisein des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Garrelt Duin und des Bürgermeisters der Stadt Soma, Hasan Ergene. „Wir wollen den Austausch zwischen NRW und der Türkei durch eine engere wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beflügeln“, so Minister Duin. Gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der TFH, Prof. Dr. Christoph Dauber, und der TFH-Geoingenieurin Dr. Tansel Dogan war Duin nach Soma gereist. Die aus der Türkei stammende Wissenschaftlerin Dogan hatte bereits unmittelbar nach dem Grubenunglück mit ihren Kollegen der CBÜ mögliche Ursachen für die Katastrophe erörtert. Bei der künftigen Kooperation steht der Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden im Mittelpunkt. Sie werden sich besonders den Themen bergbauliche Gewinntechnik, Arbeitssicherheit, Maschinenbau sowie Elektro- und Informationstechnik widmen. [Internet-Link](#)

Türkischer Nuss-Spezialist TADIM eröffnet Europa-Zentrale in Emsdetten



An seinem neuen Standort in Nordrhein-Westfalen will das aus der türkischen Industriestadt Gebze stammende Unternehmen sowohl Nüsse verarbeiten und verpacken als auch sein komplettes Sortiment europaweit vertreiben.

TADIM investiert in den nächsten drei Jahren rund sieben Millionen Euro in den Standort. Die Produktion wird in Emsdetten voraussichtlich im Februar 2015 starten. Mit Beginn der Produktionsaufnahme stellt das Unternehmen 110 Mitarbeiter ein. „Nordrhein-Westfalen ist die erste Adresse für türkische Investoren in Deutschland. Seit 2009 haben sich die türkischen Direktinvestitionen in NRW verdoppelt. Hier besteht noch viel Entwicklungspotenzial, das wir nutzen wollen“, betont Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. TADIM mietete im Juni 2014 im Emsdettener Industriegebiet eine Halle mit knapp 7.000 Quadratmetern Fläche. Drei Viertel davon nutzt das Unternehmen zukünftig für Produktion und Verpackung, den Rest für die Verwaltung. Die geplanten Investitionen fließen überwiegend in Produktions-, Verpackungs- und Logistikanlagen. Kurzfristig möchte das Unternehmen dadurch einen weltweiten Gesamtumsatz von 100 Millionen Euro erzielen. Insgesamt beschäftigt TADIM derzeit rund 1.600 Mitarbeiter und plant, mittel- und langfristig auch in Russland und den USA ähnliche Investitionen wie in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. „Wir sind stolz, dass TADIM sich für Emsdetten entschieden hat“, betont Bürgermeister Georg Moenikes. „Dies zeigt einerseits, wie attraktiv unser Standort ist und andererseits wie gut unsere Wirtschaftsförderung zusammen mit NRW.INVEST ausländische Investoren betreut.“ NRW.INVEST betreut den türkischen Investor seit Februar 2013 und begleitete die Firma bei der Gründung der Niederlassung bis hin zur Auswahl des Standorts. „TADIM steht beispielhaft für die türkische Wirtschaft“, erläutert Petra Wassner, Geschäftsführerin von NRW.INVEST. „Dank der rasanten Entwicklung der letzten Jahre, stehen viele der türkischen Marktführer aus dem Mittelstand davor, Niederlassungen in Europa zu gründen. Und Deutschland, insbesondere Nordrhein-Westfalen, ist der bevorzugte Standort“, so Wassner. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Kritik an der türkischen Außenpolitik: Schluss mit dem Erdogan-Bashing!Ein Debattenbeitrag von Michael Bröning¹

Spiegel Online, 22.10.2014

Der türkische Präsident Erdogan steht wegen seiner Politik gegenüber den Kurden schwer in der Kritik. Doch die Entrüstung über die Türkei ist selbstgerecht und unglaubwürdig.

Endlich wissen wir, wer schlimmer ist als der "Islamische Staat": Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan. Unerbittlich weigert er sich, den kurdischen Freiheitskämpfern in Kobane zur Seite zu stehen und erweist sich so als zynischer Gehilfe der IS-Barbaren. Anstatt die türkische Grenze für kurdische Kämpfer zu öffnen, lässt er seine Luftwaffe PKK-Stellungen unter Beschuss nehmen. Offensichtlich, so meinte die Bundeskanzlerin, habe Erdogan seine Prioritäten vertauscht. Außenminister Cavusoglu verkündete am Montag, kurdischen Peschmerga-Kämpfern aus dem Nordirak die Durchquerung der Türkei nach Kobane gestatten zu wollen, doch Details sind bislang unklar. Einen Korridor für syrisch-kurdische Truppen lehnt die Türkei weiterhin ab. Der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy geht in einem Beitrag für die "Libération" noch weiter als die Kanzlerin: Kobane sei "nicht nur Symbol, sondern auch der Schlüssel" zum Nahen Osten. Die Stadt sei "Guernica", "Coventry" und - ja - "Stalingrad" in einem. Angesichts dieser epochalen Bedeutung der Stadt muss auch die Konsequenz des "unentschuldbaren Versagens" historische Ausmaße annehmen - Lévy befindet: Für eine solche Türkei sei kein Platz mehr in der Nato. Es muss schön sein, die Welt so einfach in Gut und Böse aufteilen zu können. Doch die moralische Verdammung des unterstellten türkischen Nichtstuns ist nicht nur selbstgerecht, sondern allenfalls teilweise gerechtfertigt. Sicher, der Türkei ist die Ambivalenz ihrer IS-Politik vorzuwerfen. Zwar hat sie die Gotteskrieger nie mit Waffen unterstützt, doch sie hat lange zugesehen, wie IS-Dschihadisten die türkische Grenze überquerten. Gegen den syrischen Diktator Baschar al-Assad schien offenbar jedes Mittel recht. Doch die Kritiker übersehen, dass ein gewichtiger Teil dieser Dschihadisten zunächst die Grenzen ihrer europäischen Herkunftsländer überschreiten musste - und das möglicherweise mit stillschweigender Duldung der Behörden. Doch gerade ein Wegschauen ist der Türkei nicht vorzuwerfen - anders als den jetzt so entrüstet auftretenden westlichen Staaten. Vom Herbst 2011 an hat Erdogan das Assad-Regime verurteilt. Als westliche Außenminister noch in Ratlosigkeit verharren, war es die Türkei, die Flugverbotszonen, humanitäre Korridore und Schutzzonen für die Zivilbevölkerung forderte - wie wir wissen: erfolglos. Denn niemand im Westen wollte davon etwas hören.

Syrische Opposition existiert auch wegen Ankara

Natürlich: Erdogans Position war und ist alles andere als selbstlos. Die ersten Protestparolen in syrischen Städten waren kaum getrocknet, da förderte Ankara schon den Aufstieg der Opposition. Dies schien in das geostrategische Konzept der Türkei zu passen. Die Konsequenz: Noch heute existiert eine formell organisierte syrische Opposition nur, weil sich die Türkei um die Bündelung der Anti-Assad-Kräfte bemüht. Die Syrische Nationale Koalition tagt schließlich nicht von ungefähr in Istanbul. Dies sind keine syrischen Marionetten von Ankaras Gnaden, sondern die Oppositionskräfte, denen sich auch die westlichen Staaten verpflichtet fühlen. Auch was humanitäre Hilfe angeht, hat sich die Türkei nie weggeduckt. Im Gegenteil: Laut Uno-Hilfswerk UNHCR hat die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei die Millionengrenze längst weit überschritten. Wer die Feilscherei westlicher Staaten über die Aufnahme von Flüchtlingen kennt, kann auch hier nicht ernsthaft von einem Versagen der Türkei sprechen. Doch verweigert sich Ankara nicht tatsächlich einer leicht möglichen Hilfeleistung in Kobane und andernorts? Da sollten die westlichen Regierungen vorsichtig sein. Sicher, es mag für sie bequem erscheinen, wenn sich die Türkei nun in eine Art nahöstliche Nordallianz verwandelte.

¹ Michael Bröning ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift "Internationale Politik und Gesellschaft". Das Magazin wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben.

Wie 2001 in Afghanistan könnte sie die Bodentruppen, die "Boots on the Ground", stellen, die offenbar erforderlich sind, um dem IS Einhalt zu gebieten. Doch in Zeiten, in denen westliche Staaten sogar einen Uno-mandatierten Einsatz eigener Streitkräfte ausschließen, ist ein moralischer Aufschrei nur bedingt glaubwürdig.

Ankara und Washington streiten noch

Einen Militäreinsatz verweigert Ankara hingegen gar nicht kategorisch. Der türkische Premierminister Ahmed Davutoglu hat wiederholt deutlich gemacht, dass die Türkei "zu allem bereit sei, sofern dem eine klare Strategie zugrunde liegt". Konkret bedeutet das die Forderung nach einer Flugverbotszone in Nordsyrien und einem Bekenntnis zur Befriedung der Region ohne Assad. Offenbar ist dies mittlerweile der Hauptstreitpunkt, der Ankara und Washington voneinander trennt. Hier gilt: Die türkischen Forderungen mag kritisieren, wer faktisch seinen Frieden mit dem syrischen Diktator gemacht hat. Doch die Formulierung klarer Interessen und strategischer Ziele sollte man dem türkischen Präsidenten nicht vorhalten. Die Geschichte militärischer Interventionen lehrt vor allem eines: Sie sind leicht zu beginnen, aber nur schwer zu beenden. Dem türkischen Präsidenten ist deshalb vieles vorzuwerfen, nicht aber die Weigerung, sich Hals über Kopf in ein syrisches Abenteuer zu stürzen, aus dem sich der Westen ganz bewusst heraushält. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - \pm 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 7,9% * USA : 4,5%
 - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen

Die Türkei ist in Europa :

- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikachseln
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien

- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013
 Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.
- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 + 69 Millionen GSM-Abonnenten
 + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
 + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 → Ausbau des e-governments

Tourismus : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org